

Superrotes Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ

linz.kpoe.at



Protestaktion der Linzer KPÖ gegen die explodierende Teuerung vor dem Linzer Landhaus

Die sozialen Anliegen ernst nehmen

Den Leitspruch „Damit man draußen weiß, was drinnen vorgeht“ nehmen wir ernst. Wir informieren die Bevölkerung bei Infoständen, über unsere Medien und das Internet, was im Linzer Gemeinderat passiert.

Der Leitspruch gilt aber auch umgekehrt. Die Politik soll wissen „was draußen vorgeht“. Wir nehmen die Anliegen der Menschen auf und bringen sie in den Gemeinderat. So fand auf Initiative der KPÖ im

Juni eine „Aktuelle Stunde“ zur Teuerung statt. Auch die Stadt muss einen Beitrag zur Unterstützung gegen hohe Preise auf Energie, Wohnen und Güter des täglichen Bedarfs leisten.

Sie haben ein Anliegen und wollen mit uns ins Gespräch kommen?

Jeden letzten Dienstag im Monat findet eine BürgerInnensprechstunde im Alten Rathaus statt.



Gerlinde Grün
KPÖ-Fraktionsvorsitzende

Eine solidarische Stadtpolitik ist nötiger denn je

Soziale Themen spielen im Gemeinderat nicht die Rolle, die sie angesichts der Lage – nämlich der Teuerungswelle – haben sollten. Daher hat die KPÖ bei der letzten Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause eine „Aktuelle Stunde“ zur Teuerung beantragt.

Alle Fraktionen waren dazu aufgerufen, zur Frage, was die Stadt zur Unterstützung von in Not Geratenen tun kann, Stellung zu nehmen. Konkrete Vorschläge hörte man dabei wenige, Ausreden wegen knapper Finanzen

viele, obwohl in derselben Sitzung ein Millionenzuschuss für einen Autobahnhalbanchluss beschlossen wurde.

Da ist noch viel Luft nach oben, die KPÖ bleibt jedenfalls am Sozialen weiter dran!



Jugend gegen Krieg

Die Regierung nutzt den Krieg in der Ukraine als Vorwand, um in den nächsten zehn Jahren fast 40 Mrd. Euro mehr für die Aufrüstung des Bundesheeres auszugeben. Milliarden zusätzlich für Waffen, Panzer, Kampffjets und anderes Kriegsmaterial sind für mich als junger Mensch einfach nur Wahnsinn.

Das ist Geld, das an so vielen anderen Stellen fehlt: Im Gesundheitsbereich, in den Schulen, für Klimaschutz. Es ist zukunftsvergessen, Geld in Kriegswaffen zu stecken, während sich viele Menschen keine Wohnung mehr leisten können, und es jungen Leuten psychisch immer schlechter geht. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine lässt uns sprachlos zurück und es braucht humanitäre Hilfe und Zuflucht für schutzsuchende Menschen und Deserteure auf beiden Seiten. Der Krieg darf aber nicht ausgenutzt werden, um Milliarden in Kriegswirtschaft zu pumpen. Waffen bringen keinen Frieden. Der Handel mit Waffen bringt nur Leid, Tod und Krieg!

Julian Matjasic
Lebensmitteltechniker,
Landessprecher
der Jungen Linken OÖ

Hotspot

Meinungen zu einem aktuellen Thema

Ist das Problem mit E-Scootern gelöst?

Die KPÖ-Fraktion hat Maßnahmen gegen falsch parkende E-Scooter in der Stadt verlangt und einen entsprechenden Antrag im Gemeinderat eingebracht. Der Antrag wurde im Mai angenommen. Seitens der Stadt Linz wurden daraufhin bereits Gespräche mit den Betreibern geführt und Vereinbarungen getroffen. Wir haben einige LinzerInnen gefragt, ob sich die Lage schon gebessert hat.



Ina Pree

Angestellte, Sozialwirtin

Der Antrag war wichtig, ich nehme allerdings noch wenig wirkliche Veränderung war. Nach wie vor begegnen mir falsch und auch für andere gefährlich geparkte Scooter. Was in meinen Augen fehlt, sind flächendeckende E-Scooter Parkplätze. Solche fixen Parkplätze sollten von den Betreiberunternehmen finanziert werden.



Erich Klinger

Radiomacher bei Radio FRO und unabhängiger Linker

Die Besserungen sind nur kurzzeitig. Fahren auf Gehsteigen und Abstellen mitten am Weg bleibt ein massives Problem. Die Stadt Linz soll keine weiteren Schonfristen setzen und jene Verleihfirmen aus dem Spiel nehmen, denen es nicht gelingt, die NutzerInnen zu rücksichtsvollem Verhalten zu bewegen.



Dani Müller

Billeteurin im Movimento

Es stehen tatsächlich weniger Scooter herum auf den Wegen die viele RadfahrerInnen nutzen, es hat sich also ein bisschen was getan. Ab und zu stehen Scooter noch quer wo rum, mittlerweile weniger auf Radwegen und mehr auf dem Gehsteig. Nicht gut genug, deshalb braucht es weiterhin Druck.

Wollen Sie Infos? Wenn Sie mehr über die Linzer KPÖ wissen wollen:

☎ +43 732 652156 (Mo–Fr 9–12 Uhr)

✉ linz@kpoe.at

🌐 linz.kpoe.at

📍 KPÖ-Linz, Melicharstraße 8, 4020 Linz

📘 facebook.com/kpoe.ooe

🐦 twitter.com/kpoe_linz

📷 instagram.com/kpoe_linz

🗒️ cafe.kpoe.blog



Splitter aus dem Gemeinderat

Kritik an Subventionen

Ohne Subventionen können Vereine und Initiativen nicht arbeiten. Im März beschloss der Gemeinderat die Förderung von jährlich 3,5 Mio. Euro für 87 Institutionen für die Jahre 2022-2024. Ablehnung gab es dabei von der KPÖ für die Förderung des Ringes Freizeithilflicher Jugend, für die FPÖ im Städtebund und für den CityRing.

Gemeinderat außen vor

Weiterhin der Selbstdarstellung der vier Stadtsektorsparteien vorbehalten bleibt die Stadtillustrierte „Lebendiges Linz“. Ein Antrag der KPÖ für ein Parteienforum, wie es etwa in der Landesillustrierten „Unser Oberösterreich“ vorhanden ist, wurde im April von SPÖ, ÖVP, Grünen und FPÖ einträchtig abgelehnt.

Gefährliche Werbetafeln

Der „Absturz“ einer Werbetafel vom Passage-Parkhaus in der Bethlehemstraße (bei dem glücklicherweise niemand zu Schaden kam) war für die KPÖ im Mai Anlass für eine Anfrage. Bgm. Luger teilte dazu mit, dass sich im Stadtgebiet 2.822 Werbetafeln im öffentlichen Raum befinden und die Stadt dafür 444.100 Euro Gebühren kassiert.

S-Bahn-Haltestellen abgelehnt

Kein Herz für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zeigten SPÖ, ÖVP, FPÖ, NEOS und MFG im April-Gemeinderat. Ein Antrag von KPÖ-Gemeinderat Schmida für mehr Haltestellen beim Ausbau der S-Bahn im Stadtgebiet wurde kaltschnäuzig abgelehnt. Die Bürgermeisterpartei SPÖ forciert lieber Luftschlösser wie eine unfinanzierbare Seilbahn.

Die Teuerung trifft alle, aber nicht alle gleich

Die aktuelle Krise stellt viele Linzerinnen und Linzer vor finanzielle Herausforderungen. Energiepreise, Mieten und Waren des täglichen Bedarfs werden immer teurer. Das bringt vor allem Menschen mit geringem Einkommen in finanzielle Nöte. Das von der Bundesregierung beschlossene Entlastungspaket ist nicht ausreichend.

Die Stadt muss handeln

Auch die Stadt Linz muss handeln und durch Umschichtungen im Budget aktiv zur sozialen Absicherung beitragen. So wäre die Einrichtung eines Solidaritätsfonds ein wirksames Mittel, um vor allem Linzerinnen und Linzer mit geringem Einkommen bei Zahlungsschwierigkeiten bei Mieten und Energiekosten unter die Arme zu greifen. Auch die Aufstockung des Kautionsfonds und des Sozialfonds ist nötig.

Jährlich steigen die Ticketpreise für die Linz Linien, während für Autobahnprojekte reichlich Geld vorhanden ist. Schon seit Jahren fordert die KPÖ Freifahrt für den öffentlichen Verkehr. Gerade jetzt wäre das ein Zeichen für eine Neuausrichtung der Verkehrspolitik und eine Maßnahme gegen die Teuerung.

Energiegrundsicherung

Darüber hinaus schlägt die KPÖ auch eine Energiegrundsicherung vor, die jedem Haushalt die Grundversorgung mit Licht und Wärme kostenlos zu Verfügung stellt und den Mehrverbrauch progressiv gestaltet.

Als Beispiel einer solidarischen Stadtpolitik reicht

ein Blick nach Graz. Dort kürzt die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ bei sich selbst. Die Kosten für Marketingausgaben und Parteienförderung wurden gekürzt und in einen Sozialtopf, der in Not geratenen hilft, eingezahlt. Auch in Linz könnte man so schnell Mittel für rasche Hilfe freimachen. Die KPÖ ist dafür.

Aktuelle Termine



Jeden letzten Dienstag im Monat, 16:00 Uhr
Altes Rathaus, Hauptplatz 1, Raum 147
Sprechstunde der KPÖ-GemeinderätInnen

Sonntag, 28. August 2022, 14:00 Uhr
Linz-Urfahr, Donaustand beim Steinmetzplatzl
Reclaim the Beach

Alle Veranstaltungstermine mit diesem QR-Code abrufen

Aktuell, Nummer 4, August 2022

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Tel.: +43 (0) 732 652156, E-Mail: ooe@kpoe.at, Web: ooe.kpoe.at; Konto Oberbank, IBAN: AT52 1500 0004 8021 9500, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Meister Eder



Gegen die Verbreiterung der Busbucht auf Kosten von FußgängerInnen, Radverkehr und Haltestellenbereich ist die KPÖ

Verschlechterungen durch Haltestellenumbau

Die KPÖ hat im Mai in einer Anfrage an Vizebürgermeister Martin Hajart (ÖVP) eine Neuplanung beim Umbau von Bushaltestellen verlangt. Vor allem der Umbau der Haltestelle „Linke Brückenstraße“ in Linz-Urfahr um 50.000 Euro sorgt für Ärger.

KPÖ-Gemeinderat Michael Schmida kritisiert die Verbreiterung der Busbucht auf Kosten des Gehsteigs sowie der Rad- und Haltestellenfläche. Stattdessen hat er eine Alternativlösung mit einer Haltestelle ohne Bucht wie bei den drei anderen Bushaltestellen an derselben Kreuzung vorgeschlagen.

Der freiwerdende Raum könnte für Verbesserungen bei der Haltestelle, etwa Wetter-

schutz, mehr Wartebänke, Begrünungen oder kleine Gastgärten genutzt werden.

Die Stadt hält aber an den ursprünglichen Plänen fest. Anfang Juli wurde inzwischen mit den Umbauarbeiten begonnen. Schmida: „Damit wird die Situation an der Haltestelle für wartende Fahrgäste, FußgängerInnen und RadfahrerInnen weiter verschlechtert.“

Mehr Parkbankerl für Linz

Der Weg zum Einkauf oder zur Ärztin, ohne die Möglichkeit auf einem Bankerl zu rasten, wird für Ältere und Menschen mit Gehbehinderungen oft zur Qual. Viele wünschen sich außerdem mehr schattige Sitzgruppe unter Bäumen, um der sommerlichen Hitze in den Wohnungen zu entfliehen.

Der Gemeinderat beschloss daher auf Antrag der KPÖ-Fraktion eine Offensive für mehr Sitzbänke im öffentlichen Raum. Die Stadt Linz wird nun beauftragt mehr Sitzgelegenheiten zu schaffen.

Bei der Standortfindung soll nicht nur die Bevölkerung miteinbezogen werden, son-

dern auch auf Barrierefreiheit und Schattenverhältnisse geachtet werden. Es steht zu hoffen, dass der Auftrag rasch umgesetzt wird und bald viele neue Bankerl aufgestellt werden. Damit wird die Lebensqualität in der Stadt erhöht und der soziale Austausch zwischen den Stadtbewohnern gefördert.

Energiewende ist soziale Frage

Die Politik hat den Ausstieg aus der fossilen Energie verschlafen. Das rächt sich jetzt doppelt.

Zum einen werden die angestrebten Klimaziele nicht erreicht. Der Kohlendioxid-Ausstoß ist viel zu hoch. Zum anderen werden aber auch Autofahrten, Heizen und Strom immer teurer.

Der Ausstieg aus der fossilen Energie, egal ob bei Strom, Wärme oder Mobilität, ist deshalb nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Frage. Umso dringender ist jetzt eine Energie- und Verkehrswende: Wir müssen so schnell wie möglich durch den massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der „sanften“ Geh- und Radmobilität raus aus der Autoabhängigkeit. Wie bei der Mobilität muss auch bei der Energie insgesamt die Reihenfolge gelten: Zuerst vermeiden, dann verlagern und zuletzt verbessern. Die Politik muss eine Infrastruktur schaffen, die weniger Energie verbraucht und nicht-fossile erneuerbare Energie forciert – auf die Dächer von Linz passen noch viele Solaranlagen.

Die Effizienz bei bestehenden Systemen wie Fernwärme muss erhöht werden. Diese Maßnahmen allein werden aber für die sozial-ökologische Wende nicht reichen.



Michael Schmida
KPÖ-Gemeinderat in Linz